

## BBB fordert zielorientiertes Handeln

(Bruchköbel/jgd) – Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) meldet sich zu Wort: Interfraktionelle Runden, Arbeitskreise und Kommissionen könnten „nützlich und klärend“ sein, urteilt der BBB in seiner neuesten Pressemeldung. Es könnten dann gemeinsame Ergebnisse in die Vorlagen für das Stadtparlament einfließen. Allerdings sollten bei solchen Runden zielführende Bedingungen erfüllt sein, zum Beispiel müsse die Tagesordnung bzw. der Inhalt im Vorfeld klar benannt werden, und Terminvereinbarungen seien einzuhalten. Grundsätzlich gelte für den

BBB, dass entsprechende Diskussionen in der Öffentlichkeit zu führen seien und die Gesprächsrunden nur ergänzenden Charakter haben könnten. Eine öffentliche Kontrolle der Entscheidungsprozesse müsse gewährleistet sein. Die interfraktionelle Haushaltsrunde sei ein negatives Beispiel. Diese habe sich erstmalig im März 2014 und letztmalig im April 2014 getroffen. Bis in den September hätten den Mitgliedern der „Interfraktionellen Runde“ sowie den Stadtverordneten davon keine Ergebnisse vorgelegen. Der Haushaltsentwurf sei jedoch bis zu diesem Zeit-

punkt von der Verwaltung in seinen wesentlichen Grundzügen längst fertig erstellt. Die kurzfristige Einladung zu einer weiteren Runde durch den Bürgermeister bezeichnet der BBB als „Hauruckverfahren“. Somit habe auch der BBB seine Mitarbeit in dieser Runde vorerst beendet. Auch mit dem Vorankommen der Friedhofskommission und des Arbeitskreises Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist der BBB unzufrieden. Beim ÖPNV-Thema habe es 2014 noch keine Sitzung gegeben, und auch die Friedhofskommission sei bis zum Oktober nicht einberufen

worden, obwohl ein neuerlicher Antrag der Grünen das Thema alternativer Bestattungsformen aufgebracht habe. „Diese drei Negativ-Beispiele könnten locker fortgesetzt werden.“

Die Stadtverordneten möchten die Stadt voranbringen, aber leider handelt die Rathausspitze nicht“, beanstandet der BBB-Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold. Die Stadtverordneten seien deswegen frustriert. Deshalb hätten alle Fraktionen die Stadtentwicklung in die eigenen Hände genommen und einen Antrag im Konsens beschlossen.